

**Betreff:**

Müllverbrennungsanlage: Sachstandsanfrage und Prüfaufträge  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.11.2017

**Antragstext:**

Die Presseberichterstattung über eine mögliche oder geplante Müllverbrennungsanlage hat die Wiesbadener Bürger und kommunalen Mandatsträger gleichermaßen aufgeschreckt. Es wurde bekannt, dass z.Zt. eine Ausschreibung für die thermische Entsorgung von jährlich 70.000 Tonnen Restmüll läuft, bei der auch der Neubau einer Müllverbrennungsanlage auf Wiesbadener Stadtgebiet in Betracht gezogen wird.

Der Bau einer Müllverbrennungsanlage hat eine weitreichende Bedeutung für die Stadt, insbesondere im Hinblick auf den geplanten neuen Stadtteil Kalkofen/Ostfeld. Der Bau einer weiteren Müllverbrennungsanlage neben der stadtnahen Ingelheimer Aue würde nicht nur durch direkte Schadstoffe vor Ort die Luft belasten, sondern böte die Gefahr eines „Mülltourismus“ mit allen Belastungen eines erhöhten LKW-Aufkommens.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten:
  - a. Wie ist der Sachstand bzgl. der Vorhaben zum Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA)?
  - b. Welche Möglichkeiten gibt es, den Bau einer MVA zu verhindern?
  - c. Gibt es bereits einen Standort für eine mögliche neue MVA? Könnte auf dem von der Stadt Wiesbaden mit Beschluss der StvV vom 16.2.2017 verkauften Grundstück (SV 17-V-80-2303) eine MVA errichtet werden?
  - d. Falls ja: Waren dem Magistrat oder einzelnen seiner Mitglieder zum Zeitpunkt des Verkaufs dieses Grundstücks die Pläne zum Bau einer Müllverbrennungsanlage bekannt?
  - e. Falls nicht: Kommen andere Grundstücke in Betracht? Wenn ja: welche?
  - f. Seit wann sind dem Magistrat bzw. den zuständigen Dezernaten Pläne zugunsten des Baus einer MVA bekannt?
  - g. Wurden Unterlagen zu solchen Planungen seitens der Investoren bereits den dafür zuständigen Behörden eingereicht?
2. vor der Entscheidung zugunsten eines Entsorgers des Wiesbadener Restmülls eine umfassende Analyse der vorhandenen Kapazitäten in der Region vorzunehmen, insbesondere zu prüfen, ob die MVA auf der Ingelheimer Aue, an der die Stadt Wiesbaden über Gesellschaften mittelbar beteiligt ist, in der Lage wäre, den Wiesbadener Hausmüll aufzunehmen.
3. zu prüfen, mit welchen zusätzlichen Immissionen und zusätzlichen Verkehrsbelastungen zu rechnen wäre. Mit welchen Mindestkapazitäten würde eine solche Anlage operieren müssen, um wirtschaftlich sein zu können? Würde dies bedeuten, dass Müll aus anderen Gemeinden heran angeliefert werden müsste? Welche Belastungen würde dies mit sich bringen?

**Antrag Nr. 17-F-08-0070**  
**L&P**

---

4. zu untersuchen, welche Potenziale es gibt, um die Restmüllmengen in Wiesbaden spürbar zu senken.
5. ein externes Gutachten über die Implikationen des Baus einer MVA beim Öko-Institut in Auftrag zu geben. Dabei wären alle umweltrelevanten und ökologischen Folgen für die Luftqualität, das Verkehrsaufkommen und die Klimaschutzziele zu prüfen, insbesondere im Hinblick auf die bereits jetzt besonders belasteten Stadtteile im möglichen Einzugsgebiet der Anlage.

Bei Berichtspunkt 1 wird auch um schriftliche Antwort gebeten.

Wiesbaden, 29.11.2017

gez. Aglaja Beyes  
Stadtverordnete

f.d.R. Gunther Praml  
Fraktionsmitarbeiter